

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Zielsetzung des Aufrufes von 562 namhaften Schriftstellerinnen und Schriftstellern zur Verteidigung der Demokratie und zum Schutz der Menschen vor Ausspähung und Überwachung. Zu Recht warnt der Aufruf: „Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr.“

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktiv alle geeigneten Maßnahmen auszuschöpfen, in diesem Sinne gegen demokratiegefährdende Überwachung vorzugehen und den Grundrechtsschutz sicherzustellen. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog liegt dem Deutschen Bundestag bereits vor (Bundestagsdrucksache 18/65).

III. Der Deutsche Bundestag bekräftigt, dass er die nationale Praxis und Rechtslage auf den Prüfstand stellen wird, um Überwachung und Ausspähung einen wirksamen Riegel vorzuschieben.

Berlin, den 16. Dezember 2013

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Zu Abschnitt I

Es formieren sich viele wichtige gesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen Überwachung und Ausspähung. Sie kritisieren auch das mangelnde Engagement der Bundesregierung bei der Aufklärung der bekannt gewordenen Geheimdienstaffären ebenso wie den mangelnden Willen, die Überwachung und Ausspähung effektiv abzustellen.

Am 10. Dezember 2013 sind auch 562 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus 83 Ländern mit einem Appell „Die Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter“ an die Öffentlichkeit getreten. Der Aufruf lautet wie folgt:

„In den vergangenen Monaten ist ans Licht gekommen, in welchem ungeheuren Ausmaß wir alle überwacht werden. Mit ein paar Maus-Klicks können Staaten unsere Mobiltelefone, unsere E-Mails, unsere sozialen Netzwerke und die von uns besuchten Internet-Seiten ausspähen. Sie haben Zugang zu unseren politischen Überzeugungen und Aktivitäten, und sie können, zusammen mit kommerziellen Internet-Anbietern, unser gesamtes Verhalten, nicht nur unser Konsumverhalten, vorhersagen.

Eine der tragenden Säulen der Demokratie ist die Unverletzlichkeit des Individuums. Doch die Würde des Menschen geht über seine Körpergrenze hinaus. Alle Menschen haben das Recht, in ihren Gedanken und Privaträumen, in ihren Briefen und Gesprächen frei und unbeobachtet zu bleiben.

Dieses existentielle Menschenrecht ist inzwischen null und nichtig, weil Staaten und Konzerne die technologischen Entwicklungen zum Zwecke der Überwachung massiv missbrauchen.

Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr. Deshalb müssen unsere demokratischen Grundrechte in der virtuellen Welt ebenso durchgesetzt werden wie in der realen.

- Überwachung verletzt die Privatsphäre sowie die Gedanken- und Meinungsfreiheit.
- Massenhafte Überwachung behandelt jeden einzelnen Bürger als Verdächtigen. Sie zerstört eine unserer historischen Errungenschaften, die Unschuldsvermutung.
- Überwachung durchleuchtet den Einzelnen, während die Staaten und Konzerne im Geheimen operieren. Wie wir gesehen haben, wird diese Macht systematisch missbraucht.
- Überwachung ist Diebstahl. Denn diese Daten sind kein öffentliches Eigentum: Sie gehören uns. Wenn sie benutzt werden, um unser Verhalten vorherzusagen, wird uns noch etwas anderes gestohlen: Der freie Wille, der unabdingbar ist für die Freiheit in der Demokratie.

Wir fordern daher, dass jeder Bürger das Recht haben muss mitzuentcheiden, in welchem Ausmaß seine persönlichen Daten gesammelt, gespeichert und verarbeitet werden und von wem; dass er das Recht hat, zu erfahren, wo und zu welchem Zweck seine Daten gesammelt werden; und dass er sie löschen lassen kann, falls sie illegal gesammelt und gespeichert wurden.

Wir rufen alle Staaten und Konzerne auf, diese Rechte zu respektieren.

Wir rufen alle Bürger auf, diese Rechte zu verteidigen.

Wir rufen die Vereinten Nationen auf, die zentrale Bedeutung der Bürgerechte im digitalen Zeitalter anzuerkennen und eine verbindliche Internationale Konvention der digitalen Rechte zu verabschieden.

Wir rufen alle Regierungen auf, diese Konvention anzuerkennen und einzuhalten.“

Zu den Abschnitten II und III

Parallel zur umfassenden Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe der massenhaften Überwachung der Kommunikation durch Geheimdienste müssen wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um den Grundrechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen und einen sofortigen Stopp des Ausspionierens von Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu erreichen. In ihrem Entschließungsantrag vom 18. November 2013 (Bundestagsdrucksache 18/65) fordert die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung insbesondere auf,

- den Generalbundesanwalt anzuweisen, alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen, um Straftaten in Zusammenhang mit der Abhöraffaire ausländischer Geheimdienste zu verfolgen;
- die Europäische Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Großbritannien zu befas-sen, da dessen Geheimdienstpraktiken gegen Artikel 16 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und die Artikel 8 und 11 der EU-Grundrechtecharta verstoßen;
- ein Verfahren vor dem UN-Menschenrechtsausschuss nach Artikel 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gegen die USA einzuleiten;
- im EU-Ministerrat dafür zu sorgen, deutliche Konsequenzen, insbesondere für den Datenschutz, für die Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP-Abkommen) zu ziehen und die Verhandlungen bis zur Klärung der Vorwürfe auszusetzen;
- bei der Verhandlung bilateraler No-Spy-Abkommen auch für einen wirksamen Schutz der Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen und dem Deutschen Bundestag die Abkommen zur Beratung und Ratifikation vorzulegen;

-
- im EU-Ministerrat ebenso darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union das Safe-Harbor-Abkommen, das SWIFT-Abkommen und das PNR-Abkommen mit den USA aussetzt und im Einklang mit dem EU-Datenschutzrecht umgehend neu verhandelt, weil aufgrund der bekannt gewordenen geheimdienstlichen Zugriffe auf die Datenbestände privater Unternehmen kein vergleichbares Datenschutzniveau in den USA mehr zugrunde gelegt werden kann;
 - auch über die Rolle deutscher Geheimdienste und des Militärs, insbesondere bezüglich der Zusammenarbeit und des Datenaustausches mit Geheimdiensten anderer Länder, umfassend und unter größtmöglicher Transparenz aufzuklären;
 - einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten in Deutschland sowie Plänen, deutschen Diensten nach dem Vorbild der NSA und des GCHQ den Zugriff auf Internetknoten in Deutschland zu ermöglichen, eine klare Absage zu erteilen;
 - den Whistleblower-Schutz in Deutschland auszubauen und dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen;
 - Techniken, die Schutz vor Ausspähung bieten (wie TOR-Netzwerke, Anonymisierungsdienste, E-Mail-Verschlüsselung) zu fördern.

